

Beschluss: (gegen die Stimmen der Fraktion Freiheitsrechte, Transparenz und Bürgerbeteiligung, der Fraktion Bürgerliche Mitte - FW/BP, der AfD, der ÖDP und von DIE LINKE.)

1. Fachlicher Teil

1.1 Der Stadtrat stimmt dem integrierten Handlungsprogramm zur Förderung der Elektromobilität (IHFEM), wie es in der Ziffer 3 des Vortrags des Referenten und in den Anlagen 16 bis 24 (Maßnahmenblätter) vorgestellt wurde, und der Umsetzung der darin vorgeschlagenen Maßnahmen zu. Mit der Umsetzung der Maßnahmen ist so bald wie möglich, auf jeden Fall im Jahr 2015 zu beginnen. Der Stadtrat wird in einem Jahr über den Ausbaustand und den Bedarf informiert.

1.2 bis 1.6 wie Antrag des Referenten

1.7 Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung wird beauftragt, als Grundlage für eine bedarfsgerechte Planung der Elektromobilität eine Pendler-Potenzialanalyse für die Region München durchzuführen.

Zusätzlich werden in allen P+R-Anlagen zunächst 4 Ladepunkte für Elektrofahrzeuge sowie Lademöglichkeiten für Pedelecs eingerichtet, nach Möglichkeit gekoppelt mit Photovoltaikanlagen auf den P+R-Anlagen.

1.8 wie Antrag des Referenten

1.9 Einrichtung einer E-Allianz mit Arbeitsgruppen zu unterschiedlichen Teilbereichen der Elektromobilität in München (z.B. Taxi, Carsharing, Logistik, Ladeinfrastruktur) mit dem Ziel einer Förderung der Elektromobilität im Verkehrsbereich. Dazu wird die Stadtverwaltung beauftragt, dem Stadtrat noch 2015 einen Vorschlag zu den Zielen, Aufbau, Arbeitsweise, Untergruppen sowie den jeweils beteiligten Partnern aus Industrie und Unternehmen, der Stadt-

verwaltung, SWM, Wissenschaft sowie aus Verbänden und Vereinigungen zu unterbreiten und eine Gründung vorzubereiten. Wir halten eine eigenständige Organisationsform der E-Allianz unter Federführung der Stadt München für zielführend, um eine verstärkte Nutzung der Elektromobilität im Verkehr zu erreichen und die Anzahl von Elektrofahrzeugen in München signifikant zu erhöhen.

1.10 wie Antrag des Referenten

1.11 Der Oberbürgermeister wird gebeten, sich über den Deutschen Städtetag dafür einzusetzen, dass die Bundesregierung für ihr Ziel, bis zum Jahr 2020 eine Million Elektrofahrzeuge auf deutsche Straßen zu bringen, ein bundesweites Förderprogramm für die Bezuschussung der Anschaffungskosten von elektrisch angetriebenen Fahrzeugen initiiert.

2. Finanzierungsteil

wie Antrag des Referenten

3. Weitere Antragspunkte

wie Antrag des Referenten